

Antrag	Vorlage-Nr:	VO/2012/1707		
	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich		
Energiewende sozialverträglich gestalten				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Verwaltungsausschuss	13.11.2012	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	13.11.2012	Ö	Entscheidung	

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Maßnahmen zur Verfügung stehen, um die Stromkosten für einkommensschwache Haushalte in Osnabrück auf einem sozialverträglichen Niveau zu halten. Dabei ist die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Osnabrück zu suchen. Geprüft werden soll unter anderem:

- Die Eignung spezieller Tarife, zum Beispiel eines Prepaid-Tarifs oder eines Stromspartarifs (z.B. kein Grundpreis, Grundkontingent an kWh zum ermäßigten Festpreis, höherer Arbeitspreis pro kWh).
- Intensivierung des Informationsaustausches zwischen dem Fachbereich Soziales und Gesundheit sowie dem Jobcenter und den Stadtwerken.
- Erhalt und ggf. Ausbau kostenloser Energieeinsparberatung für einkommensschwache Haushalte wie der Aktion „Stromsparmcheck“ der Caritas und entsprechenden Aktivitäten der Verwaltung und den Stadtwerken.
- Die Zahlung von Prämien für den Ersatz von energieintensiven Altgeräten durch energieeinsparende Neugeräte, ggf. durch den Einsatz der Kommune über die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene.
- Der Einsatz der Kommune über die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene für eine gerechte Kostenverteilung der Umlagen auf alle Verbraucher, auch solche gewerblichen, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen.

Der Rat appelliert an den Deutschen Bundestag, das EEG zur Förderung erneuerbarer Energien zu erhalten und sozialverträglich zu gestalten, so dass die Belastungen für einkommensschwache Haushalte begrenzt bleiben und dennoch Anreize zum Energieeinsparen bestehen bleiben.

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/n Stadtziel/e:

Die Stadt Osnabrück erarbeitet in enger Zusammenarbeit mit der Region ein Konzept zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 95 % und zur Reduzierung des Energieverbrauchs um 50 % bis 2050 im Vergleich zu 1990. (Ziel 2013)

Sachverhalt:

- Begründung erfolgt mündlich -

gez. Frank Henning

gez. Michael Hagedorn